



2004

Statistik Kommunal

Kreßberg



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg

Impressum

Statistik Kommunal 2004

Artikel-Nr. 8035 04001

Herausgeber

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Fotonachweis

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart 2004
Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2004

Statistik Kommunal

Kreßberg

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung und Konzeption:** Jutta Demel ■ **Autoren:** Werner Brachat-Schwarz, Jutta Demel, Reinhard Güll, Hans Jörg Hoffmann ■ **Datenaufbereitung:** Bettina Kopecky, Harald Pfitzer, Walter Weltin ■ **Programmierung:** Wilfred Berger, Thomas Rein ■ **Redaktion:** Magdalena Janal ■ **Technik/DTP:** Willi Engel, Claudia Hierath, Wolfgang Werner

Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe erstmals eine Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal. Es folgt damit dem Beispiel anderer Statistischer Landesämter, gemeinderelevante Daten in knapper und übersichtlicher Form darzustellen. Die Publikation bietet in 16 Tabellen und 9 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne der 1 111 Gemeinden Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume verstreichen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifischen Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bildung	10
Wahlen	11
Landwirtschaft	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Verkehr	14
Wohnen	15
Wasserwirtschaft	16
Kommunal финанzen und Gemeindepersonal	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2003	ha	4 846
Bevölkerung		
Bevölkerung 2003	Anzahl	4 017
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2003	Anzahl	+ 16
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2003	Anzahl	+ 19
Bevölkerungszu-/abnahme 2003	Anzahl	+ 35
Bildung ¹⁾		
Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	369
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2003/2004	Anzahl	369
Schüler an Realschulen 2003/2004	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2003/2004	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	54
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2003	Anzahl	108
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2003	ha	2 804
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2003	Anzahl	536
Pendlersaldo 2003	Anzahl	– 839
Arbeitslose insgesamt 2003	Anzahl	85
Arbeitslose Frauen 2003	Anzahl	48
Langzeitarbeitslose 2003	Anzahl	15
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2003	Anzahl	3 365
Straßenverkehrsunfälle 2003 ²⁾	Anzahl	10
Verunglückte Personen 2003	Anzahl	7
Wohnen		
Wohngebäude 2003	Anzahl	1 118
Wohnungen 2003 ³⁾	Anzahl	1 558
Gemeindefinanzen ⁴⁾		
Steuerkraftmesszahl 2003	1 000 EUR	1 260
Steuerkraftsumme 2003	1 000 EUR	2 452
Schuldenstand 2003	1 000 EUR	3 364
Gewerbesteuerhebesatz 2003	%	340
Tourismus ⁵⁾		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2003	Anzahl	3
Betten insgesamt 2003	Anzahl	43
Ankünfte insgesamt 2003	Anzahl	702
Übernachtungen insgesamt 2003	Anzahl	1 404
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2003	Anzahl	83

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2001	%	9	10	13
Waldfläche 2001	%	30	31	38
Landwirtschaftsfläche 2001	%	60	57	47
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2003	%	2	7	12
Durchschnittsalter 2003	Jahre	38,7	39,8	40,8
Geburtenrate ⁶⁾ 2000 bis 2003	Anzahl	48	49	46
Bevölkerungsdichte 2003	Einw/km ²	83	127	299
Bildung¹⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2003/2004	%	59	35	32
Übergänge auf Realschulen 2003/2004	%	30	35	32
Übergänge auf Gymnasien 2003/2004	%	11	29	35
Bundestagswahl 2002				
Wahlbeteiligung	%	72,5	75,1	78,6
Zweitstimmenanteile der Parteien: ⁷⁾				
CDU	%	46,0	42,4	43,2
SPD	%	33,4	32,6	33,6
FDP/DVP	%	6,5	8,8	7,5
GRÜNE	%	8,7	10,9	11,1
Beschäftigung				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2003	%	62	47	42
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2003	%	16	19	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2003	%	21	33	36
Verkehr				
PKW je 1 000 Einwohner 2003	Anzahl	602	579	566
PKW-Anteil am KFZ-Bestand 2003	%	71	77	82
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2003	%	70	65	58
Wohnfläche je Einwohner 2003	m ²	43	41	40
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2001	Liter/Tag	111	125	124
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2003	EUR/m ³	4,26	.	3,77
Gemeindefinanzen⁴⁾				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2003	EUR	318	688	652
Steuerkraftsumme je Einwohner 2003	EUR	619	867	843
Schuldenstand je Einwohner 2003	EUR	841	659	563
Tourismus⁵⁾				
Durchschnittliche Bettenauslastung 2003	%	10	25	37
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2003	Tage	2	2	3

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

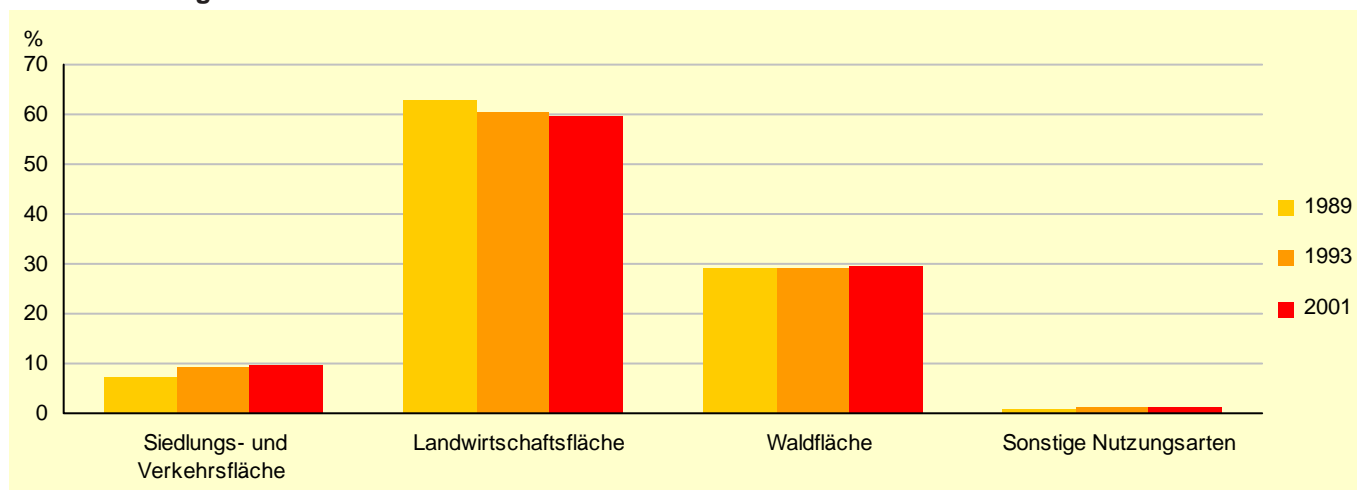
Die Landesfläche Baden-Württembergs umfasst 35 752 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde im Land mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km².

Im Jahr 2001 war knapp die Hälfte der gesamten Landesfläche Landwirtschaftsfläche. Rund zwei Fünftel waren bewaldet. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entsprach einem Anteil von gut 13 % der gesamten Landesfläche. Ende der 80er-Jahre lag dieser noch bei knapp 12 %. Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wurden landesweit täglich etwa 12 ha Fläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen, das entspricht rund 22 Fußballfeldern. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist hauptsächlich auf die Wohnbautätigkeit und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete zurückzuführen – fast ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. In den Kommunen der Verdichtungsräume liegt der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich höher als in den Gemeinden der eher ländlichen Gebiete, hier sind hingegen die höchsten Zunahmen zu verzeichnen. In Kornwestheim, der Stadt mit dem landesweit größten Anteil, ist mit 59 % bereits mehr als die Hälfte des Stadtgebietes Siedlungs- und Verkehrsfläche. In der Gemeinde Simonswald im Landkreis Emmendingen ist dieser Anteil mit 2,4 % am geringsten.

Gemeindefläche nach der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1989		1993		1997		2001	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	4 848	100	4 846	100	4 846	100	4 846	100
Landwirtschaftsfläche	3 037	63	2 926	60	2 918	60	2 900	60
Waldfläche	1 411	29	1 423	29	1 425	29	1 433	30
Wasserfläche	31	1	44	1	44	1	44	1
Übrige Nutzungsarten	14	–	10	–	10	–	9	–
Siedlungs- und Verkehrsfläche	355	7	444	9	448	9	460	9
Darunter								
Gebäude- und Freifläche	129	36	165	37	172	38	192	42
Verkehrsfläche	222	63	265	60	262	59	254	55
Erholungsfläche	3	1	11	2	11	2	12	3

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausweisen von Bauland. Allein seit Ende 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um 9 % erhöht. Innerhalb dieses Zeitraums stieg die Einwohnerzahl in über 90 % der 1 111 baden-württembergischen Kommunen. Das Bevölkerungswachstum des Landes beruht überwiegend auf Wanderungsgewinnen und zu einem geringen Teil auf einem Geburtenüberschuss. Seit dem Jahr 2001 ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem noch mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs war Ende des Jahres 2003 im Durchschnitt 40,8 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Mit durchschnittlich 32,9 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung des Landes in der Gemeinde Riedhausen im Landkreis Ravensburg. Am ältesten ist sie mit 47,7 Jahren in Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis) – aufgrund der dort ansässigen Klosterbevölkerung. In der Regel ist ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf geringe Geburtenhäufigkeiten, auf Wegzüge junger Familien mit kleinen Kindern sowie auf vom Kurbetrieb geprägte oder als Altersruhesitz bevorzugte Gemeinden zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	3 008	49	51	62	1990	3 512	50	50	72
1890	3 080	51	49	64	1993	3 890	50	50	80
1900	2 848	50	50	59	1995	3 868	50	50	80
1910	2 880	50	50	59	1996	3 853	50	50	80
1925	2 936	49	51	61	1997	3 850	50	50	79
1933	2 782	51	49	57	1998	3 841	49	51	79
1939	2 770	51	49	57	1999	3 888	49	51	80
1950	3 412	48	52	70	2000	3 883	50	50	80
1961	3 069	48	52	63	2001	3 912	50	50	81
1970	3 273	49	51	68	2002	3 982	50	50	82
1987	3 200	50	50	66	2003	4 017	50	50	83

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung						Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebend-geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)				Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner				
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt	je 1 000 Einwohner										
									Anzahl							
1995	52	28	+	24	+	6	205	269	-	64	-	16	-	40	-	10
1996	41	35	+	6	+	2	229	250	-	21	-	5	-	15	-	4
1997	43	23	+	20	+	5	177	200	-	23	-	6	-	3	-	1
1998	55	38	+	17	+	4	180	206	-	26	-	7	-	9	-	2
1999	37	38	-	1		0	270	222	+	48	+	12	+	47	+	12
2000	35	28	+	7	+	2	206	218	-	12	-	3	-	5	-	1
2001	33	31	+	2	+	1	207	180	+	27	+	7	+	29	+	7
2002	39	28	+	11	+	3	234	175	+	59	+	15	+	70	+	18
2003	45	29	+	16	+	4	198	179	+	19	+	5	+	35	+	9

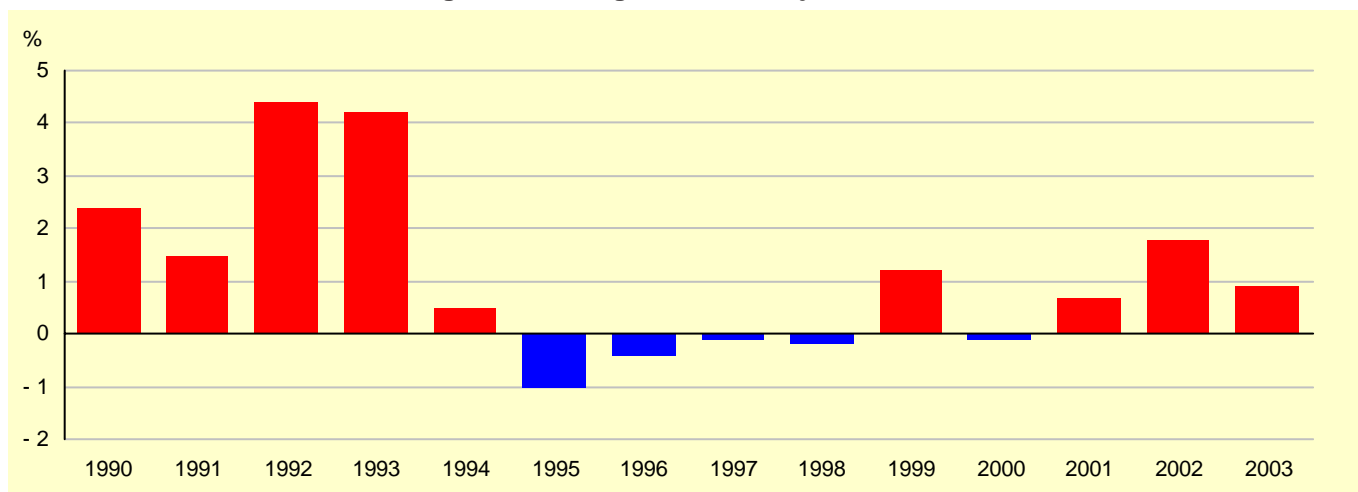
Bevölkerungsstruktur 2003

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	123	3	55	3	68	3	3	3	3	
3 - 6	135	3	68	3	67	3	3	3	3	
6 - 15	514	13	256	13	258	13	10	11	10	
15 - 18	190	5	105	5	85	4	3	4	3	
18 - 25	325	8	177	9	148	7	8	8	8	
25 - 40	809	20	393	20	416	21	22	23	21	
40 - 65	1 300	32	686	34	614	31	33	34	33	
65 - 75	359	9	162	8	197	10	10	9	10	
75 und mehr	262	7	103	5	159	8	7	5	10	
Insgesamt	4 017	100	2 005	100	2 012	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	38,7		38,0		39,5		40,8	39,3	42,2	

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	147	4	59	3	88	5	4	4	3	
3 - 6	165	5	79	5	86	5	3	3	3	
6 - 15	397	11	204	12	193	11	9	10	9	
15 - 18	109	3	55	3	54	3	3	3	3	
18 - 25	337	10	164	9	173	10	11	12	10	
25 - 40	898	26	473	27	425	24	24	26	23	
40 - 65	982	28	513	29	469	27	31	32	30	
65 - 75	251	7	109	6	142	8	7	6	9	
75 und mehr	226	6	88	5	138	8	7	4	9	
Insgesamt	3 512	100	1 744	100	1 768	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	36,9		36,3		37,5		38,7	36,7	40,6	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes findet die Ausbildung im Dualen System statt. An weiteren Schularten können neben beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Aufgrund eines Privatschulgesetzes können in Baden-Württemberg private Ersatz- und Ergänzungsschulen gegründet werden. Landesweit bestehen gegenwärtig rund 600 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und privaten Sonderschulen. Lediglich 77 Gemeinden verfügen über keine eigenständige allgemein bildende Schule, sondern allenfalls über eine Außenstelle. Die Schüler- und Lehrerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.

Nach einem landesweiten Rückgang der Schülerzahlen in den 80er Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden Schulen seit 1990 wieder auf rund 1,3 Mill. im Schuljahr 2003/2004 gestiegen. Die derzeitigen Vorausrechnungen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen ab 2005 wieder sinken werden.

Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2003/2004

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	1	214	214	50	1	26	13	18	19
Hauptschulen	1	155	155	41	3				22
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	2	369	369	.	.	26	13	X	X

Zum Vergleich: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1990/1991

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	1	185	185	47	1	20	12	18	21
Hauptschulen	1	115	115	49	1				23
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–
Andere Schularten ⁵⁾	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Insgesamt	2	300	300	.	.	20	12	X	X

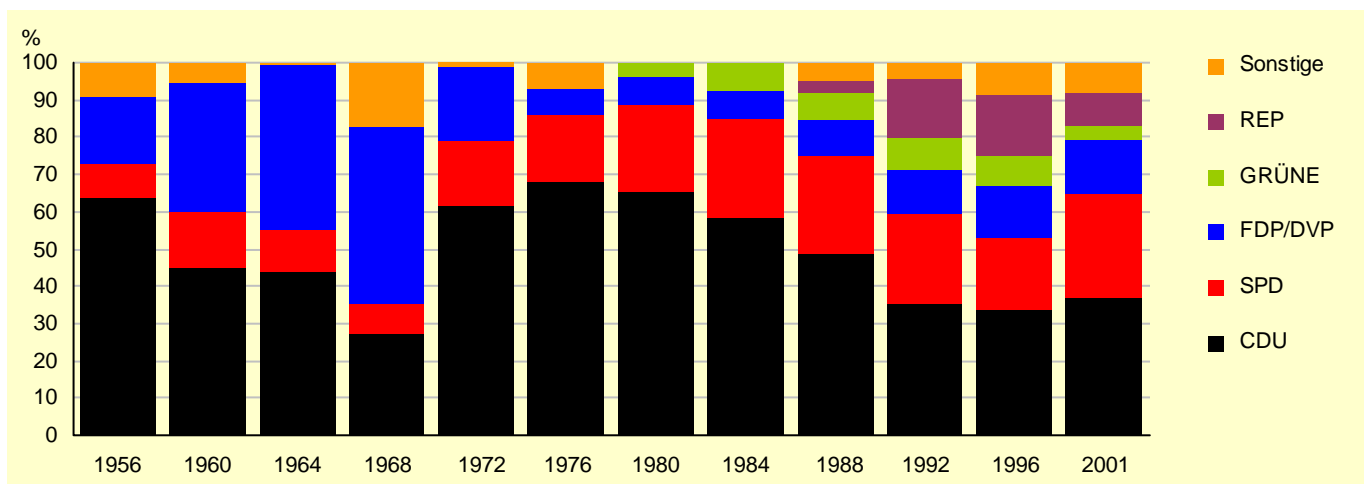
Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Das Ergebnis der Landtagswahl 2001 war in Baden-Württemberg insgesamt eine Konsolidierung des in Jahrzehnten geprägten parteipolitischen Gesichts des Landes. So konnte die CDU ihre Stellung als stärkste Partei im Lande nicht nur behaupten, sondern erneut ausbauen. Die SPD ging nach fast 30 Jahren stetig abnehmendem Zuspruchs im Land deutlich gestärkt aus der letzten Landtagswahl hervor und konnte erstmals seit 1988 wieder einen Stimmenanteil von über 30 % erreichen. Die FDP/DVP nahm – ungeachtet leichter Verluste – in ihrem „Stammland“ wieder den Rang als dritte Kraft ein, den sie bis zur Wahl 1984 innegehabt hatte. Die GRÜNEN – seit 1980 in einer fast stetigen Aufwärtsbewegung – mussten bei der Landtagswahl 2001 zum ersten Mal auf relativ hohem Niveau deutliche Stimmverluste verbuchen. Die REPUBLIKANER, die 1992 und 1996 im Landtag vertreten waren, verfehlten zur Wahl 2001 die Fünfprozenthürde. Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2001 weiter fort: mit knapp 63 % wurde die zweitniedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen des Landes verzeichnet. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile ¹⁾					
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP ²⁾	REP	Sonstige
				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte					
Landtagswahl 2001	2 851	1 525	55,2	36,8	27,9	3,6	14,5	9,2	8,1
Landtagswahl 1996	2 796	1 614	59,0	33,7	19,0	8,2	14,2	16,3	8,6
Veränderung	+ 55	- 89	- 3,8	+ 3,1	+ 8,8	- 4,6	+ 0,3	- 7,1	- 0,5
Bundestagswahl 2002	2 927	1 970	72,5	46,0	33,4	8,7	6,5	1,3	4,1
Bundestagswahl 1998	2 813	2 076	79,0	35,1	35,6	7,0	7,9	7,9	6,5
Veränderung	+ 114	- 106	- 6,5	+ 10,9	- 2,2	+ 1,7	- 1,4	- 6,6	- 2,4
Europawahl 2004	2 983	1 504	52,3	48,3	18,9	11,6	4,4	2,5	14,3
Europawahl 1999	2 810	872	31,7	50,2	26,0	8,4	2,3	5,0	8,0
Veränderung	+ 173	+ 632	+ 20,6	- 1,9	- 7,1	+ 3,2	+ 2,1	- 2,5	+ 6,3

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Landwirtschaft

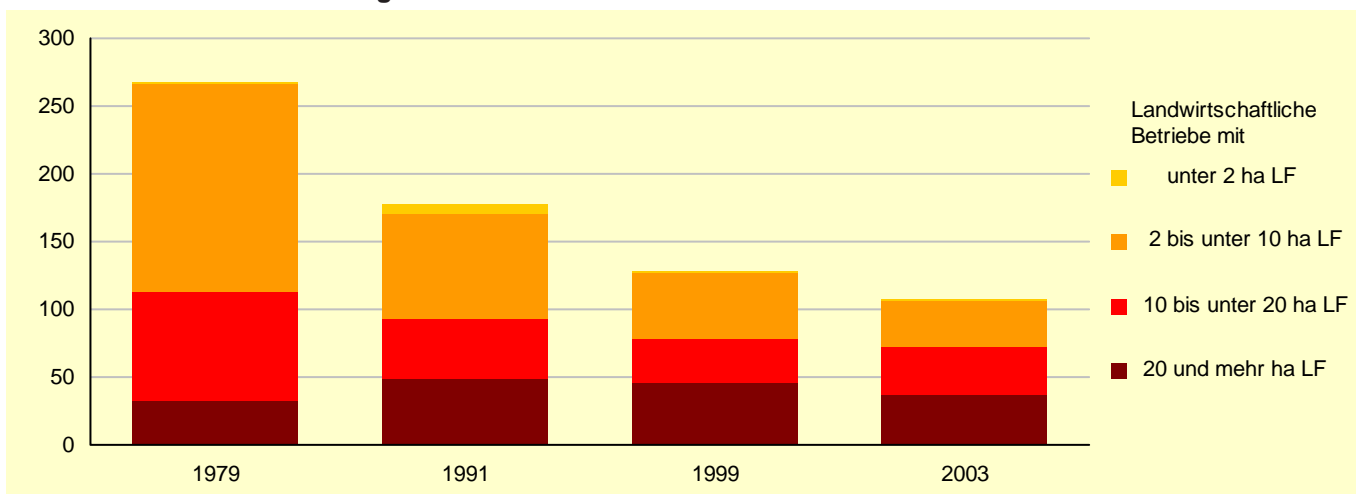
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Allein in den letzten 25 Jahren sind von den knapp 132 000 landwirtschaftlichen Betrieben weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital, dem unternehmerischen Geschick der Landwirte und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2003 durchschnittlich 22 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1979 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt noch bei 11 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Im Jahr 2003 waren von den landesweit knapp 15 000 km² landwirtschaftlich genutzter Fläche 58 % Ackerland, 39 % Dauergrünland und 3 % Dauerkulturen (z.B. Rebland, Obstanbauflächen). Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter		Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung				
		Haupterwerbsbetriebe	Anzahl		ha	Ackerland	Dauergrünland		Dauerkulturen	Rinder		Schweine	
										insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
										insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl						
1979	268	122	2 992	51	48	–	11	5 887	24	4 031	17		
1983	243	109	2 961	51	49	–	12	6 007	27	3 567	17		
1987	220	93	2 985	49	51	–	14	6 156	31	3 665	20		
1991	178	75	2 896	49	51	–	16	5 505	35	2 672	20		
1995	149	64	2 878	48	52	–	19	5 071	40	2 455	25		
1999	128	52	2 956	48	52	–	23	4 870	46	1 941	30		
2001	115	.	2 870	48	52	.	25	4 767	49	2 334	47		
2003	108	48	2 804	49	51	.	26	4 572	51	2 102	49		

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

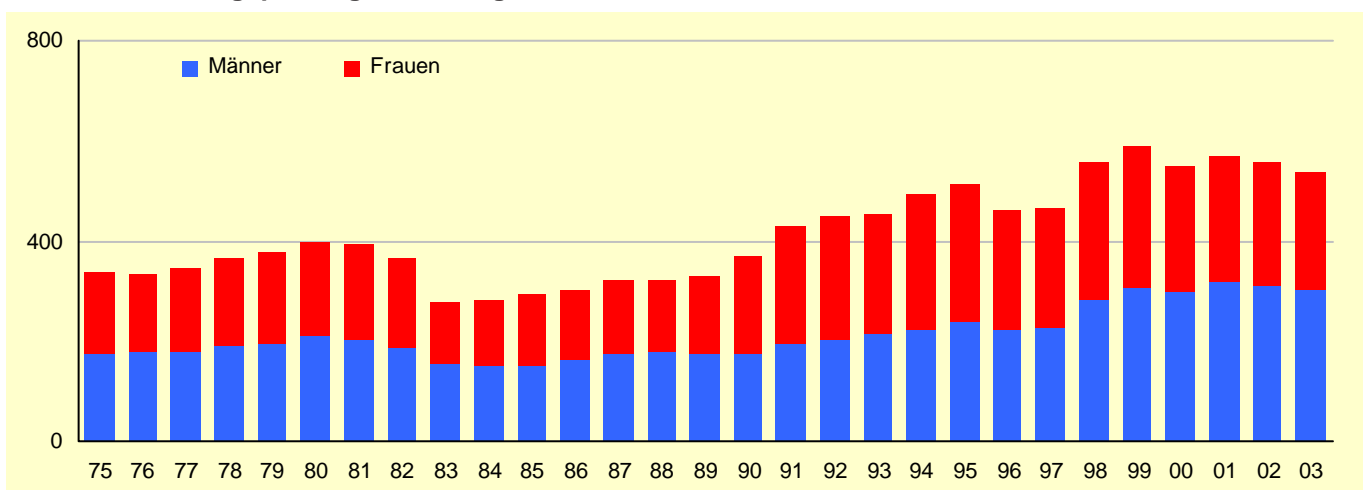
Nach einer längeren Periode mit günstiger Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg hat die anhaltende konjunkturelle Flaute im Jahr 2003 erstmals deutliche Spuren hinterlassen: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank gegenüber 2002 um 1,7 %. Betroffen war vor allem das Produzierende Gewerbe. Die Wirtschaftsflaute ergriff aber auch die Dienstleistungsbetriebe, die der Wirtschaft im Südwesten in den letzten Jahren mit die stärksten Beschäftigungsimpulse gegeben hatten. Durch die jahrelange Expansion des Dienstleistungsbereichs hat sich dessen Anteil an den Beschäftigten landesweit insgesamt von 45 % (1990) auf zuletzt 56 % erhöht. Die Arbeitsplatzzentren im Land sind weiterhin vor allem größere Städte mit sehr hohen Einpendlerüberschüssen. Hier liegt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohnern erheblich über dem Landesdurchschnitt von 355.

Von den knapp 3,8 Mill. Beschäftigten im Jahr 2003 waren etwa 44 % Frauen. Die Gründe dafür, dass der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt in den einzelnen Kommunen unterschiedlich ist, sind vielfältig. Mitentscheidend dürfte die regionale Branchenstruktur sein: Der tertiäre Sektor bietet für Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als der produzierende Bereich. Zudem hat auch die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt ³⁾	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose ⁴⁾	unter 25 Jahre
1975	338	101	49	4	46	2	42
1980	397	120	47	5	55	2	38
1985	294	90	48	4	70	3	23
1990	369	106	52	3	71	6	22
1995	515	132	54	3	74	4	21	73	58	8	29	12
2000	549	140	46	3	68	12	19	69	51	.	32	7
2001	568	147	44	4	67	13	20	62	53	5	24	6
2002	559	141	44	4	65	14	21	80	56	6	24	13
2003	536	134	44	4	62	16	21	85	56	.	18	11

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Verkehr

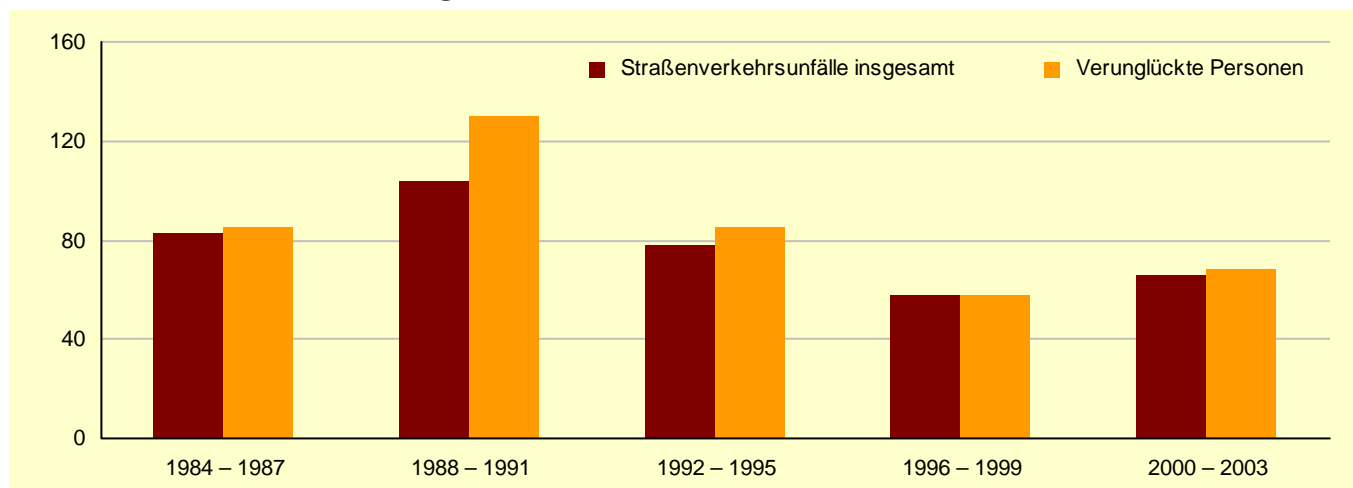
Im Jahr 2003 waren in Baden-Württemberg rund 7,3 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte KFZ-Bestand des Landes um mehr als das 20fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (PKW) sogar auf das 68fache. Der enorme Anstieg des PKW-Bestandes ist auch demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. Landesweit kommen derzeit 566 PKW auf 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich, auch bedingt durch die Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge größerer Unternehmen auf einzelne Orte. Am höchsten ist der die PKW-Dichte mit 939 PKW pro 1 000 Einwohner in Neckarsulm (Landkreis Heilbronn). Mit 406 PKW pro 1 000 Einwohner weist Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Tendenziell ist die PKW-Dichte in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebaute öffentliche Personennahverkehr.

Bei knapp 60 000 Verkehrsunfällen im Jahr 2003 verunglückten auf den Straßen Baden-Württembergs rund 56 000 Personen, 775 wurden getötet. Die Zahl der Verkehrstoten war damit seit Einführung dieser Statistik noch nie so niedrig. Entspricht die Entwicklung Ihrer Gemeinde dem Landestrend? Sehen Sie selbst.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			PKW je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		PKW	Krafträder ²⁾						
Anzahl				Anzahl					
1985	1 869	1 414	119	432	18	16	20	1	4
1991	2 449	1 853	154	526	23	19	35	1	17
1993	2 671	2 029	162	535	16	11	15	1	6
1995	2 921	2 129	206	547	19	16	22	1	4
1997	3 010	2 168	236	558	7	3	3	–	1
1999	3 087	2 179	257	565	16	12	12	–	5
2000	3 144	2 243	251	573	19	16	24	–	10
2001	3 256	2 305	255	594	16	14	17	–	7
2002	3 358	2 377	276	608	21	14	20	–	6
2003	3 365	2 397	279	602	10	7	7	–	2

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Wohnen

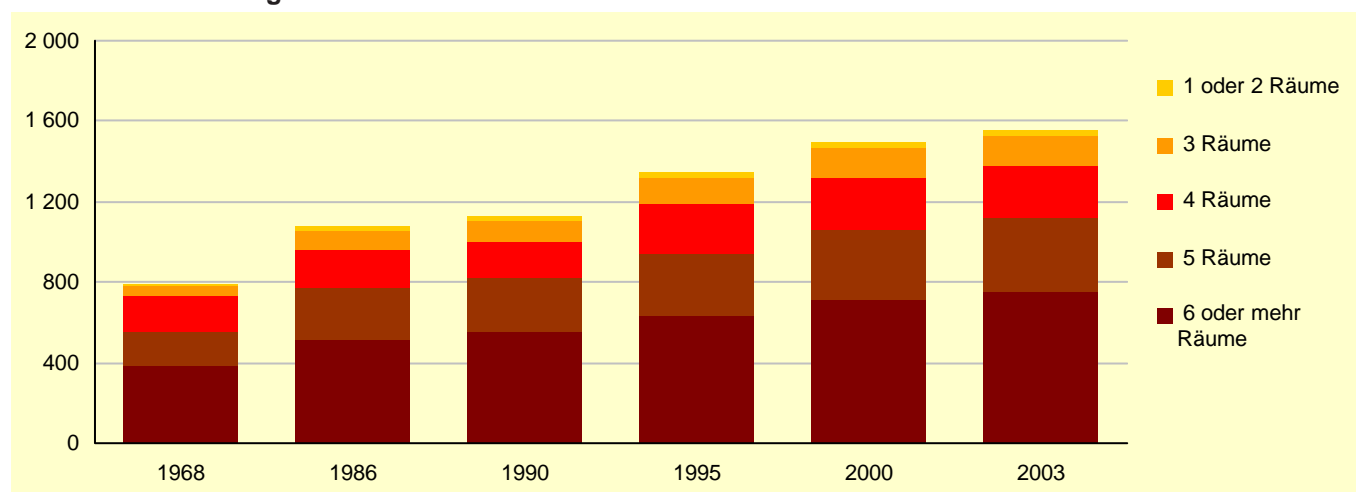
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdoppelt: 1961 gab es erst 2,3 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, 2003 waren es bereits 4,8 Mill. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m², zuletzt waren es bereits 41 m².

Was die Struktur der Wohngebäude angeht, so gab es Ende 2003 landesweit 58 % Einfamilienhäuser, 25 % Zweifamilienhäuser und 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur zwischen den Kommunen des Landes erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Gemeinden des Landes deutlich höher als in den verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten war der Einfamilienhausanteil mit 91 % in Guggenhausen (Landkreis Ravensburg). Die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) hingegen hat mit nur 26 % den geringsten Anteil aufzuweisen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart (30 %). Und wie sieht es in Ihrer Gemeinde aus?

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1961	560	119	21	60	11	4	1	705	438	.
1968	635	200	31	66	10	12	2	794	410	22
1986	811	584	72	203	25	24	3	1 080	308	35
1990	851	614	72	213	25	24	3	1 127	312	35
1995	961	672	70	247	26	42	4	1 346	287	38
1999	1 038	720	69	268	26	50	5	1 463	266	41
2000	1 064	742	70	270	25	52	5	1 495	260	42
2001	1 087	760	70	275	25	52	5	1 523	257	43
2002	1 106	772	70	281	25	53	5	1 545	258	43
2003	1 118	783	70	282	25	53	5	1 558	258	43

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Wasserwirtschaft

Die Trinkwasserversorgung der 1 111 Kommunen des Landes wurde 2001 von insgesamt 1 366 Wasserversorgungsunternehmen sichergestellt. Der überwiegende Teil (92 %) davon sind öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, die insgesamt 690 Mill. m³ Wasser förderten. Fast ein Fünftel davon stammt aus der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Sipplingen und gut 14 % aus der Landeswasserversorgung (LW).

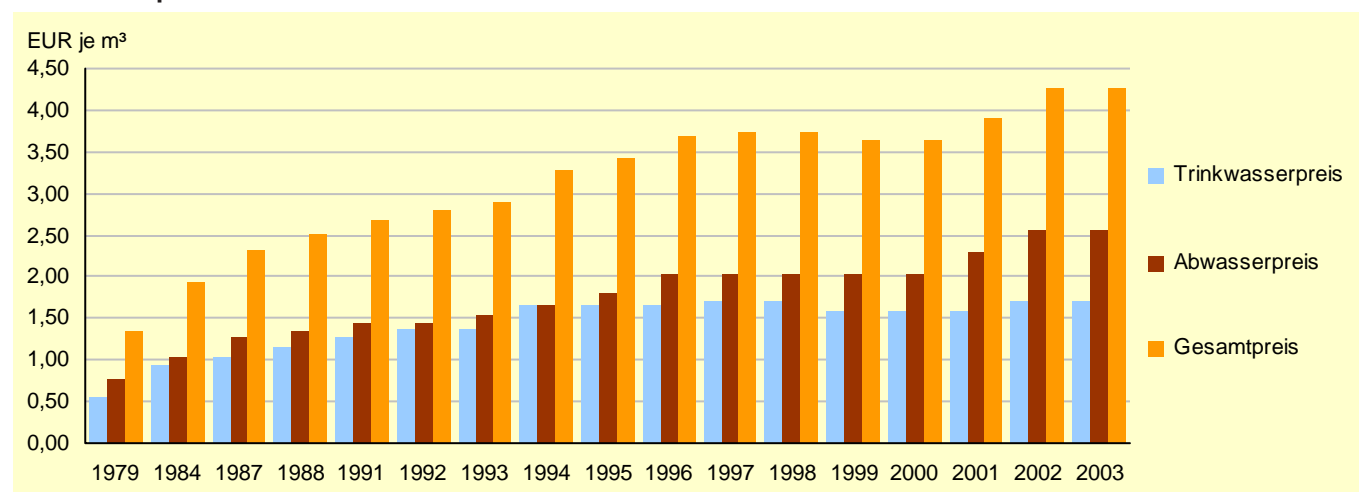
Der tägliche Wasserverbrauch der Privathaushalte und Kleingewerbe betrug 2001 im Landesdurchschnitt 124 Liter je Einwohner. 1979 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Land durchschnittlich noch bei 133 Liter. Die Gründe für die landesweite Abnahme liegen wohl im veränderten Verhalten der Verbraucher einerseits aufgrund gestiegener Preise und andererseits aufgrund des gestärkten Umweltbewusstseins.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug 2003 im Landesdurchschnitt 3,78 Euro je Kubikmeter (ohne Grundgebühren). Die Wasserpreise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,58 Euro bis 6,52 Euro je Kubikmeter. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr ¹⁾	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher				Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ⁴⁾
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch ³⁾	%			
1979	53	8	148	86	58	71	0,56	0,77	1,33
1983	–	20	159	92	58	81	0,93	1,02	1,95
1987	–	19	142	115	81	101	1,04	1,28	2,32
1991	–	21	162	136	84	108	1,26	1,43	2,69
1993	–	24	166	142	86	103	1,37	1,53	2,90
1995	–	8	173	150	87	110	1,64	1,79	3,43
1998	5	3	172	143	83	103	1,70	2,04	3,74
2001	–	1	176	157	89	111	1,58	2,30	3,89
2003	1,70	2,56	4,26

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser



Kommunal финанzen und Gemeindepersonal

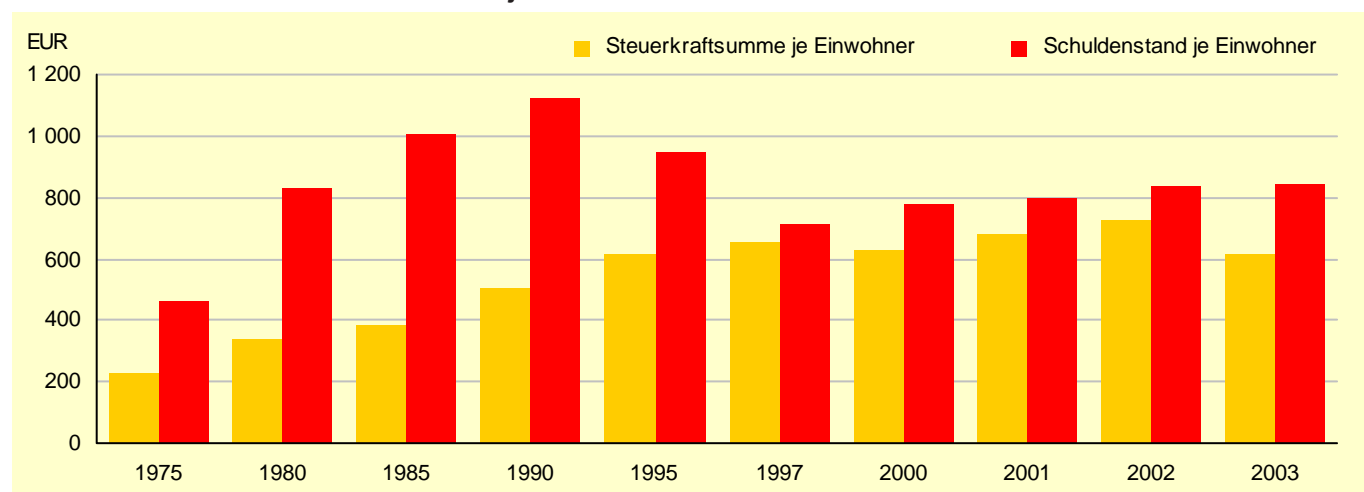
Die kommunale Finanzpolitik war nach der Jahrtausendwende geprägt von erheblichen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen. Die Steuerkraftsumme, die die Finanzkraft der Städte und Gemeinden darstellt, wird durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich Gewerbesteuerumlage), den Grundsteuern A und B – jeweils auf einheitliche Hebesätze umgerechnet –, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft bestimmt. Neben der Einnahmen-Ausgaben-Entwicklung ist vor allem die Verschuldung der Gemeinden in der öffentlichen Diskussion. Was allerdings die Vergleichbarkeit der Schuldenentwicklung im Zeitverlauf erschwert ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden, wobei ein Teil der Schuldenlast in diese Betriebe mit übertragen wurde.

Dies und eine in den 90er-Jahren einsetzende auf Konsolidierung bedachte Haushaltspolitik führten zwischen 1995 und 2003 zu einem Rückgang des Gemeindefschuldenstands um immerhin 19 %. Im Jahr 2003 betrug die Gemeindefschuldenlast je Einwohner im Landesdurchschnitt 563 Euro, 1995 lag der Schuldenstand der Kommunen noch bei durchschnittlich 714 Euro je Einwohner – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden.

Kommunal финанzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl ¹⁾		Steuerkraftsumme ²⁾		Schuldenstand ³⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente ⁴⁾
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1975	238	72	760	229	1 535	461	17	.
1980	377	113	1 124	337	2 752	832	29	.
1985	589	180	1 248	382	3 291	1 005	25	.
1990	678	201	1 710	507	3 900	1 120	37	.
1995	1 072	275	2 407	617	3 684	946	41	.
1997	1 123	293	2 501	652	2 782	716	37	33
2000	1 236	321	2 427	629	3 038	776	45	35
2001	1 418	363	2 659	680	3 081	796	51	40
2002	1 514	391	2 810	726	3 311	835	49	40
2003	1 260	318	2 452	619	3 364	841	46	.

Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ...

- 1) Im Schuljahr 2003/2004. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Siehe unter Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal, Fußnoten 1), 2) und 3).
- 5) Alle Angaben zu Tourismus beziehen sich auf Beherbergungsstätten ab 9 Betten.
- 6) Geburtenrate: Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 7) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

Bildung

- 1) Öffentliche und private Schulen; Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen.
- 3) Wöchentliche Unterrichtsstunden der teilzeit- und sonstigen beschäftigten Lehrer (einschließlich der Ermäßigungen und Anrechnungen) sowie die Überstunden der vollzeitbeschäftigten Lehrer wurden in Vollzeitlehrer umgerechnet.
- 4) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 5) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Wahlen

- 1) Stimmen ohne Briefwähler; Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.
- 2) Bei Europawahlen FDP.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
- 2) Wirtschaftszweigsystematik 1970 (WZ 70); seit 1999: WZ 93; Die sachliche Untergliederung nach den verschiedenen Systematiken ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.
- 3) Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.
- 4) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über 1 Jahr.

Verkehr

- *) Quelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Wasserwirtschaft

- 1) Wasserpreise 1983: Erhebungsjahr ist 1984.
- 2) Leitungsverluste, einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Je Einwohner und Tag.
- 4) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
- 5) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

- *) Bis 2001 in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftmesszahl: Einnahmekraft der Gemeinde (Gewerbesteuer, Grundsteuern auf landeseinheitliche Hebesätze umgerechnet, Einkommensteueranteil).
 - 2) Steuerkraftsumme: Finanzkraft der Gemeinde (Steuerkraftmesszahl + Schlüsselzuweisungen).
 - 3) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.
 - 4) Vollzeitäquivalente (VZä): Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Unter „Beschäftigte“ werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verstanden, d.h. alle Arbeiter und Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind damit grundsätzlich Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Die Beschäftigten werden nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt.

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ab dem Stichtag 30.09.1998 wurde der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93)“ umgestellt. Diese Neuverschlüsselung brachte beträchtliche Änderungen in der wirtschaftsfachlichen Zuordnung mit sich. Dadurch sind die Ergebnisse nach WZ 93 auch bei gleich lautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen nur bedingt mit denen der bisherigen Systematik (WZ 70) vergleichbar. Des Weiteren wurde mit dem Stichtag 30.06.2003 der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ umgestellt.

Hinweis: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik haben bis drei Jahre nach dem Stichtag vorläufigen Charakter. Die Bundesagentur für Arbeit behält sich vor, diese innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren bei wichtigem Berichtigungsbedarf zu korrigieren. Nach Ablauf der „Drei-Jahres-Frist“ erhalten die Ergebnisse den Status „endgültige Ergebnisse“.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche

Bei der Flächenerhebung erfolgt die Datenerfassung unter Zugrundelegung der Werte des Liegenschaftskatasters der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche ohne Abbau (z.B. Kiesgruben), der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche zusammen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nicht identisch mit der bebauten bzw. versiegelten Fläche.

Haupterwerbsbetriebe

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-Einheit) und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 Prozent und mehr gezählt. Eine AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle registrierten Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern gemeldet waren.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (z.B. Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufspendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Bewohner von Freizeitwohnungen und Wehrpflichtige zählen nicht zu den Pendlern. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Räume

Räume sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres.

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Hierzu zählen alle Straßenverkehrsunfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verunglückt sind, d. h. getötet oder verletzt wurden. Datengrundlage sind Meldungen der Polizei. Als bei Straßenverkehrsunfällen getötet gelten Personen, die auf der Stelle

getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben. Als bei Straßenverkehrsunfällen verletzt gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert wurden (Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (Leichtverletzte).

Vollzeitäquivalente

Die Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die Vollzeitäquivalente (Vzä) stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime.



Statistisches
Landesamt
Baden-Württemberg

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Boblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711 / 641-0 Zentrale
Telefax 0711 / 641-2440
E-Mail poststelle@stala.bwl.de

Schnell, aktuell und rund um die
Uhr können Sie sich auf unseren
Internetseiten informieren:

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973

Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für jedermann
Telefon 0711/641-2876, Telefax -2973

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-2866, Telefax 60 18 74 51

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
E-Mail poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de